

Für den politischen Theil:
J. Kleinbach, i. B.,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Kleinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratenthell:
G. Kriesen in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17.
ferner bei Gust. Ad. Schick, Hofstr.
Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,
Ole Rühl, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei J. Ehrig, in
Weichen bei P. Rühl,
u. b. d. Inzerat-Annahmestellen
von G. L. Paube & Co.,
Saalfeld & Pögl, Rudolf Hofe
und „Invalidentank“.

Nr. 679

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentags drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 29. September.

Inserat, die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890

Amtliches.

Berlin, 28. Sept. Der König hat den Eisenbahn-Bauinspektor,
Baurath Niemann in Bromberg, zum Regierungs- und Baurath
und die Eisenbahn-Maschinen-Inpektoren Holzheuer und Wetz in
Bromberg zu Eisenbahn-Direktoren mit dem Range der Räte
viertes Klasse ernannt; ferner dem Eisenbahn-Bau- und Betriebs-
Inspektor Wäcker in Lissa, sowie dem Eisenbahn-Maschinen-
Inspektoren Kiehlhorn in Posen, Klöbeform und Brand in
Bromberg den Charakter als Baurath verliehen.

Politische Uebersicht.

Posen, 29. September.

Die Reform der Landgemeinde-Ordnung bildete
den ersten Punkt der Tagesordnung der Generalversammlung,
welche der Verein für Sozialpolitik am 26. u. 27. d. M.
in Frankfurt a. M. abhielt. Die Beratungen waren vor-
bereitet durch mehrere Schriften, deren Veröffentlichung der
Verein veranlaßt hatte, als Referenten waren der Landtags-
abgeordnete Sombart und der Oberpräsident a. D. von Ernst-
hausen genommen, zwei Männer, welche mit dem Gegenstand
der Verhandlungen durch langjährige Thätigkeit genau
vertraut sind. Die Bedeutung der Frage ließ erwarten, daß
sich an der Berathung Männer der Praxis und der Wissen-
schaft in größerer Zahl betheiligen würden und daß es zu
einem lebhaften Gedankenaustausch sowohl über die bestehenden
Zustände, als auch über die bisher aufgetauchten Vorschläge
und die Einwendungen dagegen kommen würde. Außer den
beiden Referenten betheiligten sich an der Diskussion nur der
Reichstagsabgeordnete Wipper-Windischholzhausen, Staats-
anwalt Dr. Keil aus Bochum, der Verfasser des vom Verein
herausgegebenen Buches „die Landgemeinden in den
östlichen Provinzen Preußens und die Versuche, eine Land-
gemeindeordnung zu schaffen“, der frühere Elsaß-Lothringische
Bezirkspräsident Fehr, von Reizenstein, Prof. Gierke und
Geh. Rath Thiel aus dem landwirtschaftlichen Ministerium.
Von allen diesen können als Sachverständige nur Thiel und
Wipper gelten. Herr von Reizenstein ist zu lange schon aus
dem preussischen Verwaltungsdienst ausgeschieden, um die
Fragen, um deren Entscheidung es sich handelt, genauer zu
kennen, Professor Gierke ist lediglich Theoretiker und Dr. Keils
Ansichten werden vielleicht größeres Gewicht haben, wenn er
in Westfalen, wohin er vor Kurzem versetzt worden ist, die
dortigen ländlichen Gemeindeverhältnisse etwas studirt haben
würde. Die beiden Referenten vertraten entgegengesetzte
Ansichten: während Herr Sombart für die Nothwendigkeit
einer gründlichen Reform eintrat, schien Herr von Ernsthausen
die Zustände gar nicht schlimm zu finden. Er war für selbständige
Gutsbezirke, gegen die Errichtung von Samtgemeinden,
wollte „Rathgeber“ höchstens für die Armenverwaltung,
nicht aber für Schule und Wegebau, und, wenn die vorliegenden
Berichte genau sind, das Stimmrecht zur Wahl in die Gemeinde-
vertretung an den Grundbesitz knüpfen. Namentlich der zuletzt ge-
nannte Vorschlag überrascht, da Herr v. Ernsthausen aus seiner
früheren langjährigen Thätigkeit in der Rheinprovinz wissen muß, daß
die Verleihung des Stimmrechts an die Ortsangehörigen,
welche keinen Grundbesitz haben, nur vortheilhafte Folgen für
die Gemeindeverwaltung gehabt hat. Geh. Rath Thiel er-
klärte sich für die Verschmelzung von Gutsbezirken und Ge-
meinden. Er sprach offen aus, man müsse die beiden, im
Osten einander gegenüberstehenden Klassen, Gutsbesitzer und
Bauern zwingen, zusammenzuarbeiten, die Zeiten seien vorüber,
wo man dem Gutsbesitzer eine Ausnahmestellung geben könne.
Ob Herr Thiel sich dabei im Einklang mit seinem Chef
Lucius befand, muß man dahingestellt sein lassen. Das
Résumé der Verhandlungen gab Prof. Schmoller als Vor-
sitzender. Er konnte nur feststellen, daß man einig in der
Nothwendigkeit einer Reform sei, leider aber nicht, daß sich
die Ansichten über die Art der Reform irgendwie geklärt hätten.
Auf die Entscheidung wird die Versammlung des Vereins für
Sozialpolitik gar keinen Einfluß ausüben.

Die „Post“ schildert die Zukunft der mitteleuropä-
ischen Staaten als höchst bedroht, weil England, Rußland
und die Vereinigten Staaten ihnen die Ausgänge der organi-
schen Entwicklung abschneiden und sie einer „Verdorrung“
entgegenführten. Das einzige Mittel dagegen erblickt die
„Post“ in einer „Solidarität der mitteleuropäischen
Nationen“. Die Einsicht von deren Nothwendigkeit sei in
Frankreich, wie der kürzlich mehrfach besprochene Artikel des
„Siècle“ beweise, früher aufgedämmert als bei uns, und wir
müßten jetzt das Unsere thun, um diesem Gedanken auch bei
uns Verbreitung zu verschaffen. In der deutschen Presse ist
der Wunsch, daß beide Nationen in Frieden und Freundschaft
mit einander leben möchten, schon sehr häufig ausgesprochen,
die „Krieg in Sicht“-Artikel und die „kalten Wasserstrahlen“

haben aber leider nicht bewiesen, daß dieser Wunsch von der
„Post“ und den übrigen freiwillig-gouvernementalen Blättern
früher getheilt wurde.

Im Laufe dieser Woche soll ein gemeinsames Hirten-
schreiben des deutschen Episkopats gegen die Sozial-
demokratie erscheinen. Dasselbe ist in der Fuldaer Bischofs-
konferenz vereinbart worden. Man erwartet in Berlin, daß
dieses Hirtenschreiben die Richtung einhalten wird, die auf dem
Völkischen Sozial-Kongresse von den deutschen Mitgliedern ver-
theidigt wurde, obgleich seitdem jene Sozial-Politiker, welche
die Zulässigkeit der Staats-Intervention in den sozialen
Dingen bestreiten und lediglich der katholischen Kirche das
Recht und die Macht zur Lösung der sozialen Frage zuerkennen,
es dahin gebracht haben, daß der Papst Bedenken trägt, in
dieser Frage auch künftig ausschließlich oder vorzugsweise den
Standpunkt derer zu begünstigen, welche den Staat in seinen
sozialen Reformbestrebungen unterstützen.

Die Rückberufung des Chinesischen Gesandten
Hung-Seun nach Peking, die in Berlin ganz unerwartet
eintrifft, lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit politischer Kreise
nach jenem Centrum des großen asiatischen Kaiserreichs. Ueber
die Gründe, welche diese besondere Verfügung der chinesischen
Zentralregierung veranlaßten, können vorerst selbst in betheilig-
ten Kreisen nur Vermuthungen ausgesprochen werden, welchen
allerdings die tatsächliche Verhältnißlage zu Grunde liegt.
Schon die Ernennung dieses Gesandten vor drei Jahren mußte
dem mit den Verhältnissen Vertrauten auffallen. Während es
bis dahin zumeist ziemlich einflusslose, sogenannte „kleine“
Leute waren, mit welchen sich China für seine auswärtigen
Gesandtschaften abzufinden suchte, war es hier einmal auch
nach chinesischen Begriffen ein vollgewichtiger Mandarin, dessen
literarische Auszeichnung eines „Tschuang-Yuen“, die höchste,
die es in China giebt, ihm auch in der chinesischen Heimath
so sehr alle Wege zu Amt und Würden ebnet, daß sich eine
Erklärung dafür, wie sich ein solcher literarisch höchst Graduirter
gleichwohl ohne Zwang dazu entschließen konnte, ins „Exil“,
als welches in China die Mission nach auswärts betrachtet
wird, zu gehen, nur aus den unaufhaltsam fortschreitenden
Verhältnissen ergibt, welche Regierung und Regierungsmänner
in China immer zwingender darauf hinweisen, die Verhältnisse
im Auslande, insbesondere in Europa, kennen zu lernen und
die erworbenen Erfahrungen in der chinesischen Heimath für
die eigenen, spezifisch chinesischen Zwecke zu verwerthen. Alles,
was wir an diesem Gesandten während seiner dreijährigen
Amtswirksamkeit so oft Gelegenheit hatten zu beobachten, wie
auch das, was wir als einen Beweggrund für seine jetzige
Abberufung nach Lage der Verhältnisse annehmen zu müssen
glauben, bestätigt nur obige Auffassung über den eigentlichen
Zweck der Entsendung und Beglaubigung dieses Hung-Seun
bei den Höfen und Regierungen von Berlin, Petersburg, Wien
und dem Haag. Die Gründe für die Rückberufung Hung-
Seuns sind zweifellos darin zu suchen, daß man für die
Dienste dieses höchstqualifizierten Beamten mit seiner außerge-
wöhnlichen geistigen Befähigung bei der Peking-Zentral-
Regierung gegenwärtig bessere Verwendung hat, wie in Europa.
Seit dem Tode des bekannten „Marquis“ Tjeng mangelt es
nämlich im Peking-Tjüngli-Yamen (Auswärtiges Amt) an
dem Rathe irgend eines mit den europäischen Verhältnissen
vertrauten Mannes. Die „Kenntnisse“ des vormaligen Gesandten
in Washington, Tchang, der sich im Tjüngli-Yamen befindet,
sind wahrscheinlich nicht ausreichend. Hung-Seun, der schon
vor etwa vier Monaten an Stelle des verstorbenen „Marquis“
Tjeng zum Vizepräsidenten im Peking-Zentral-Kriegs-
Kontrollamt („Kriegsministerium“) ernannt worden war, wird
nun zurückberufen, um außer Ausfüllung dieses aktiven
Amtes mit seinen nunmehr dreijährigen Erfahrungen in Europa
dem Tjüngli-Yamen zu Diensten zu stehen. Das wird aller
Wahrscheinlichkeit nach im allgemeinen als der eine Grund
der Abberufung gelten, nächst welchem aber noch ein besonderer
Grund vorliegt, welcher die Rückberufung Hungs nach Peking
für China als eine zwingende politische Nothwendigkeit und
einen spitzfindigen Schachzug der schlauen Chinesischen Re-
gierungsmänner gegen die russische Diplomatie erscheinen läßt.
Vor geraumer Zeit schon hatte sich nämlich Rußland in
Peking den auch bei seiner Regierung akkreditirten Gesandten
Hung-Seun zum Unterhändler für die demnächst beginnenden
Verhandlungen zur Erneuerung des mehrerwähnten Russisch-
Chinesischen Handelsvertrages erkoren, bei welchem
Rußland angekündigtermaßen mancherlei „Änderungen“ von
China zu erzielen wünscht. Mit der Ernennung Hungs zum
Unterhändler für diesen Handelsvertrag begte Rußland zweifel-
los auch die Absicht, den Schwerpunkt der bezüglichen Ver-
handlungen nach Petersburg zu verlegen, was der Chinesischen
Regierung begreiflicherweise schon in Erwägung ihrer früheren

üblichen Erfahrungen mit solchen Petersburger Verhandlungen,
durchaus nicht passen konnte. China mußte sich vielmehr
bei Zeiten versichern, daß diese Verhandlungen in Peking ge-
führt werden. Um dies, ohne Rußland formell zu verletzen,
zu erreichen, wurde nun der von diesem gewünschte Gesandte
Hung-Seun in Peking in zuvorkommendster Weise zum Unter-
händler für diese Vertragsverhandlungen ernannt, aber un-
mittelbar vor Beginn derselben nach Peking zurückberufen,
um dort den Russen als der von ihnen gewünschte Unter-
händler zu den Handelsverhandlungen zur Verfügung zu
stehen. Zum Nachfolger Hung-Seuns war als durchaus ge-
eignete Persönlichkeit sein unmittelbarer Berliner Vorgänger
Hsi-Ching-Cheng in Peking gerade zur Disposition, der in
Berlin von seiner dreijährigen Amtswirksamkeit her noch im
besten Andenken steht. Sein Eintreffen in Berlin hat Hsi-
Ching-Cheng selbst für den nächsten Monat März aus Peking
telegraphisch hierher signalisirt.

Das Gerücht, daß der Kardinal-Staatssekretär
Rampolla zurücktreten und von dem Kardinal Vannutelli
abgelöst werden soll, bildet den Ausgangspunkt eines langen
Wiener Briefes in der „Kölnischen Zeitung“, der vielleicht
während der Anwesenheit des Gesandten v. Schlözer in Wien
inspirirt worden ist. Jenes Gerücht hat sich mit der Be-
gründung eingeführt, Rampolla wolle zurücktreten wegen der
Schwierigkeiten, welche angeblich die Verhandlungen der
päpstlichen Kurie mit der Berliner Regierung über die Be-
sehung der erledigten Bisthümer bieten. Das könnte,
heißt es in dem Wiener Briefe, von dem Kardinal
Ledochowski, der augenblicklich von Luzern aus die Posener
Untriebe leitet, verbreitet sein, wenn sich darin nicht eine so
krasse Unkenntniß der Verhältnisse offenbare. Denn es hätten
über die entsprechenden Fragen noch gar keine diplomatischen
Verhandlungen zwischen Berlin und Rom stattgefunden.
Wenn man aber vielleicht von dem Papste erwarten könnte,
daß er die katholische Kirche nicht einer zwecklosen polnischen
Propaganda dienstbar machen wolle, so sei der Einfluß der
Jesuiten in Rom größer als jemals seit 1870, und der
Staatssekretär Rampolla stehe diesem Orden zur Verfügung.
Dazu komme die rührige national-polnische Propaganda, als
deren Haupt noch immer der verbitterte Fanatiker Ledochowski
gelten kann, obschon ihm eigentlich Kardinal Dunajewski jetzt
als polnischer „Primas“ den Rang abgelassen habe. Wo es
sich um Bekämpfung des Deutschthums handelt, halte sich
Dunajewski weislich im Hintergrunde und stütze mit dem ganzen
Heerband der Jesuiten den Einfluß Ledochowskis und Ram-
pollas. Unerwartet wachse der feindliche Einfluß der Jesuiten,
je älter und schwächer der Papst wird, und innerhalb des
Jesuiten-Ordens wachse die Zahl und Macht der deutschen
Jesuiten, welche die schlimmsten Feinde ihres Volkthums und
des neuen deutschen Reiches seien. Nach einem Ueberblicke
auf das Treiben der Jesuiten in Oesterreich kommt der Brief-
schreiber sodann zu dem Schlusse, daß ebenso wie der Rücktritt
Rampollas unwahrscheinlich, die Möglichkeit einer Wieder-
zulassung der Jesuiten in Deutschland ausgeschlossen sei.

In Spanien ist die Frage der Heeresreform seit
Jahren in Schweben. Nunmehr hat auch der neue Kriegs-
minister General Azcaraga sein Projekt ausgearbeitet und,
einer Madrider Depeche des „Temps“ zufolge, der Königin-
Regentin während des Aufenthaltes derselben in San Se-
bastian vorgelegt. Es handelt sich um eine Umgestaltung der
Armee auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht mit Ein-
jährig-Freiwilligendienst für solche junge Leute, welche ihre
Waffen und Equipirung selbst beistellen oder mit Universitäts-
oder Berufsdiplomen versehen sind. Der Plan umfaßt zu-
gleich eine Erhöhung des Effectivstandes der Genietruppen
und der Artillerie, sowie eine Vermehrung des Materials.
Die Armee soll auf dem Kriegsfuß 300 000 Mann betragen.
Die Territorial-Divisionen werden in Armeekorps umgestaltet,
wovon eines für die spanischen Plätze an der Küste von
Marokko bestimmt ist. Eine große Kommission von Gene-
ralen wird beauftragt, die Pläne, betreffend die Vertheidigung
der Küsten und Grenzen, zu vervollständigen und das Material
zu erneuern.

Deutschland.

Berlin, 28. Sept. Zu der Frage, ob die In-
kraftsetzung des Alters- und Invaliditätsversiche-
rungsgesetzes hinauszuziehen sei, hatten sich bisher die Gegner
des Gesetzes aus allen Parteien mit Ausnahme der sozialdemo-
kratischen geäußert. Die letztere, wenigstens das leitende Organ, das
„Berliner Volksblatt“, äußert sich nun heute darüber. Man
könnte, wenn für den Aufschub auch die 35 sozialistischen
Abgeordneten stimmten, diesen Aufschub, trotz des entgegen-

gesetzten Willens der Regierung, als nicht unwahrscheinlich erachten. Das „Berliner Volksblatt“ spricht sich indessen in anderem Sinne aus. Es bezeichnet als die für den Aufschub bisher ins Feld geführten Gründe folgende zwei: Daß die Ausführung des Gesetzes technisch schwierig, wenn überhaupt möglich sei, und daß man auf liberaler Seite den Reichszuschuß wieder beseitigen wolle. Mit der letzteren Absicht ist das Blatt von seinem Standpunkt natürlich nicht einverstanden, und mit Bezug auf den ersten Grund will es den Mißerfolg und dessen Geständnis nicht der Reichsregierung großmütig ersparen. In beiden Punkten ist die Haltung des sozialdemokratischen Organs verständlich und kann sie kaum anders sein. Aber man kann für den Aufschub bezw. die Revision des Alters-Versicherungsgesetzes noch einen 3. Grund geltend machen, daß nämlich das Gesetz sachlich (nicht bloß technisch) mangelhaft ist. So urtheilt die „Kölnische Volkszeitung“: „Man setzt ein Gesetz in Wirksamkeit, welches die Mehrheit des Volkes mißbilligt, auf die von seinen Wohlthaten betroffenen Klassen theils mit Gleichgültigkeit, theils mit Widerwillen betrachten, welches anerkanntermaßen voller Mängel steckt, an allen Ecken und Enden Schwierigkeit, Aerger und Verdruß hervorrufen wird, und dessen praktische Wirksamkeit, vorerst wenigstens, eine gänzlich verschwindende sein wird. Und das soll dann eine sozialreformerische Großthat sein und zur Beruhigung und Gewinnung der Massen dienen!“ Diesen Gesichtspunkt hat das sozialistische Blatt nicht berührt. Das Blatt kommt zu dem Schlusse, daß es sich für die liberal-klerikale Agitation gegen das Gesetz nicht erwärmen könne. Vorsichtiger Weise ist darin allerdings eine Erklärung darüber vermieden, ob die Sozialdemokraten nicht eventuell doch für den Aufschub der Inkraftsetzung des Gesetzes stimmen würden, was sie könnten, ohne gerade die Agitation zu billigen und ohne die Motive der übrigen Opposition gegen das Gesetz zu theilen. Der Reichstag wird sich mit der Frage auf jeden Fall vor Neujahr noch zu beschäftigen haben. Eugen Richter hat übrigens die Haltung der Sozialdemokraten als eine noch unsichere richtig geschätzt, denn gleichzeitig mit dem hier besprochenen Artikel des „Berliner Volksbl.“ schreibt er heute in der „Freisinnigen Ztg.“: „Unserer Schätzung nach wird in dem für die Regierung günstigsten Fall die Sozialdemokratie für die Inkraftsetzung den Ausschlag geben“, womit zugleich das Ergebnis der eventuell parlamentarischen Abstimmung übereinstimmend mit uns zu Eingang dieses Artikels, gemuthmaßt wird. — Die Sozialdemokraten fangen, bescheiden wie sie sind, nun auch an, die Einrichtung unserer Schulen in ihrem Sinne zu verlangen, und zwar nicht nur im Prinzip in abstracto, sondern im konkreten Fall, unter Aufsicht ihres örtlichen Machteinflusses. Unser Vorort Rixdorf soll ein Gymnasium, mindestens aber eine siebenklassige Realschule oder eine sechsklassige höhere Bürgerschule bekommen. Gestern beschloß nun eine sozialdemokratische Volksversammlung: entweder seien unter Ausschluß des Schulgebäudes die Kosten halb vom Staat und halb von der Kommune, doch ausschließlich von den mit einem höheren Einkommen als 3000 Mark besteuerten, zu tragen, und die Bestimmung der Knaben für die höhere oder die Volksschule erfolge lediglich nach dem Ergebnis einer Prüfung, oder es sei gegen die Errichtung der höheren Schule mit aller Kraft zu protestiren. In der Debatte wurde auch ausgesprochen, daß aus dem Lehrplan der höheren Schule die Religion fortgelassen werde. Indessen enthielt man

sich der Aufnahme dieses Verlangens in den Beschluß. Ausdrücklich hat der Beschluß weder bei der Kommune, noch, wie sich von selbst versteht, beim Staate. — Einen seltsamen Mißgriff hat das hiesige Konsistorium mit einer Anordnung in Bezug auf die Kleiderfarbe der weiblichen Konfirmanden gemacht. Die Mädchen sollen nicht in Weiß erscheinen, und thatsächlich ist ein weiß gekleidetes Mädchen, das sich wegen der Armut der Eltern nicht ein zweites, schwarzes Kleid beschaffen konnte, von der Konfirmation zurückgewiesen worden. Es läßt sich fragen, ob das Konsistorium ein gesetzliches Recht zu dieser Anordnung hatte; jedenfalls hat es kein Recht, das Erscheinen der Konfirmanden im schwarzen Kleide zu erzwingen, wenn etwa die Eltern ihr Kind nun überhaupt nicht konfirmiren lassen wollen. Daher ist die Anordnung jedenfalls unklug. Die Angelegenheit wird hier viel besprochen, und die Kirche hat davon sicher nicht den Vortheil.

— Bezüglich des bevorstehenden Personenwechsels im Kriegsministerium meint die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß unter den in Frage kommenden Persönlichkeiten in unterrichteten Kreisen die Berufung des gegenwärtigen Kommandeurs der zweiten Garde-Infanterie-Division, Generalleutnant von Kaltenborn-Stachau, als der wahrscheinlichste Fall gilt. Diese Mittheilung stimmt mit unseren Informationen überein. Die neue Hauptbestimmung der „Post“, daß der kommandirende General von Leszczynski zum Kriegsminister designirt sei, beruhte anscheinend auf einer Verwechslung.

— Die Pastoren v. Bodelschwingh aus Bielefeld, Diestelkamp aus Berlin und Latrille aus Drossen hatten als Vertreter der evangelischen Missionsgesellschaften für Ostafrika, wie schon kurz telegraphisch gemeldet, am 19. d. M. eine Unterredung mit Major v. Wißmann, über welche Pastor Latrille einen Bericht veröffentlicht. Nach demselben ist noch kein Termin für eine Rückkehr Wißmanns nach Ostafrika ins Auge gefaßt; es scheinen noch Meinungsverschiedenheiten zwischen Wißmann und der Regierung zu herrschen. Am Tage der Unterredung war übrigens Wißmann nicht fieberfrei. Der Reichskommissar erklärte u. A., er würde, wenn er früher in Berlin gewesen wäre, zum Bau einer Eisenbahn zwischen Dar-es-Salaam und Bagamoyo gedrängt haben. Zu den Nachrichten über die Expedition Emin's, insbesondere zu der Meldung aus Tabora über die Unterwerfung der Häuptlinge der Wanyamwesi, äußerte Wißmann: „Emin hat 40 Soldaten außer seinen Trägern; er sollte garnicht nach Tabora gehen, ich weiß nicht, was ihn dazu genöthigt hat. Er sollte nur eine Station am Victoria-Nyanza anlegen. Es mögen einige Häuptlinge bei ihm gewesen sein, die haben Salaam! Salaam! gerufen. Und wenn er fort ist, dann ist's gerade so wie vorher.“

— Die Ernennung des Exministers v. Puttkamer zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen wird von der „Post“ in folgenden anscheinend etwas schüchternen Sätzen angekündigt:

An den jüngsten Aufenthalt des Staatsministers v. Puttkamer in Berlin werden in der hiesigen Gesellschaft Kombinationen getnüpft, von denen wir wenigstens referirend Notiz nehmen wollen. Wie es scheint, sind diese Kombinationen von dem Umstande ausgegangen, daß Herr v. Puttkamer zu derselben Zeit nach Berlin kam, wo Herr Staatsminister Herrfurth aus Karlsbad zurückkehrte. Es heißt nun, Herr v. Puttkamer sei dazu ausersehen, Herrn v. Wolffs Nachfolger als Oberpräsident der Provinz Sachsen zu werden. Die Kombinationen gehen insofern noch weiter, als behauptet wird, Herr v. Wolff sei überhaupt an die Spitze des

Rechnungshofes berufen worden, um den Posten in Magdeburg für Herrn v. Puttkamer frei zu machen.

— Dem Reichstage wird, wie die „Staat.-Korr.“ erfährt, außer der Vorlage betr. die Gehaltserhöhungen der Premier-Lieutenants und Hauptleute II. Klasse gleichzeitig auch wiederum eine solche betr. die Gehaltsaufbesserung für die Reichsbeamten der Tarifklasse III. zugehen.

— Wie der „Nat.-Ztg.“ berichtet wird, hat die Deutsche Ostafrika-Linie im Interesse einer baldigen Verbindung Deutschlands mit allen Plätzen Ostafrikas, speziell Deutsch-Ostafrikas, einen neuen fertigen Rüstendampfer angeliefert, welcher demnächst hinausgehen soll. Der nächste Dampfer der Hauptlinie wird damit in die Lage gesetzt, auch Passagiere und Güter nach allen in dem Vertrage der Gesellschaft mit dem Reichskanzler vorgegebenen Plätzen befördern zu können. Die regelmäßige Verbindung Europas mit Tanga, Bangani, Saadani, Bagamoyo, Dar-es-Salaam, Kilwa, Lindi u. s. ist somit hergestellt. Die Entscheidung der Frage, welcher dieser Plätze sich als Anlaufstation für die großen Dampfer der Hauptlinie am besten eignet, wird von den Erfahrungen der ersten Reisen abhängen. Es scheint allerdings schon jetzt, daß Tanga den Vorzug erhalten wird, da es den besten Hafen besitzt. Mit dem erwähnten Rüstendampfer wird die Deutsche Ostafrika-Linie nach Fertigstellung von zwei jezt im Bau begriffenen ähnlichen Schiffen, drei Rüstendampfer besitzen, welche die Namen Wißmann, Emin und Peters führen sollen.

— Der „Sozialdemokrat“ hört bekanntlich am 1. Oktober zu erscheinen auf; gewissermaßen an seine Stelle tritt die „Neue Zeit“, die mit dem 4. Oktober allwöchentlich erscheint und in erster Linie dazu berufen sein soll, die internationalen Beziehungen zu pflegen. Die hervorragenden Sozialisten der verschiedenen Kulturstaaten haben sich bereit erklärt, für die „Neue Zeit“ Beiträge zu liefern. Da finden wir die Namen von Paul Lafargue, Jules Guesde (Frankreich), von dem ehemaligen Kommandur Leo Frankel (Ungarn), von dem holländischen Arbeiterführer J. Domela Nieuwenhuis, dem schweizer Theodor Curti, der bekannten Russin Vera Sassulitch, welche seiner Zeit den russischen General Trepow verwundet, der rührigen Agitatorin für die Frauenfrage Clara Zetkin in Paris; Friedrich Engels und Leonore Marx-Engels fehlen natürlich auch nicht; von den deutschen sozialistischen Abgeordneten sind Bebel, Liebknecht, Auer, Vollmar, Schippel als Mitarbeiter aufgeführt. Bebel wird regelmäßig eine periodische Rundschau über deutsche Verhältnisse schreiben. Der doktrinaire Ton, welcher bisher in der „Neuen Zeit“ herrschte, soll beseitigt, die Kost gewürzt werden; eine besondere Beachtung soll der sozialen Entwicklung Englands geschenkt werden. Edward Bernstein soll namentlich in dieser Richtung thätig sein; alle diese Korrespondenzen vom Auslande sollen jedoch nur den einen Zweck verfolgen, die internationale Gemeinschaft der Interessen der Arbeiter aller Länder zu betonen; insofern ist die Umgestaltung der „Neuen Zeit“ ein sehr charakteristisches Symptom.

Witterungsbericht

für die Woche vom 29. September bis 5. Oktober.

(Nachdruck verboten.)

(O.-K.) Der dem Hereinbrechen des rauhen Herbstwetters regelmäßig vorangehende kurze Nachsommer mit seinem klaren Himmel und seiner vorwiegend östlichen Luftströmung ist nun vorüber. Die Sonne hatte noch einmal ihre ganze Kraft entwickelt, wobei in den Tagen vom 21. bis 23. d. Mts. der heiße Frühling über die Alpen wehte. In diesen Tagen lag daher in ganz Mitteleuropa die Temperatur erheblich über dem Mittel, und die jüngst verstrichene Witterungsperiode des ersten Mondviertels vom 21. dokumentirte sich als die zweitwärmste Quadraturperiode des heurigen Sommers. — Da führte plötzlich die starke atmosphärische Hochfluth des Vollmondes vom 28. September einen vollständigen Witterungsumschlag herbei. Der bisher beharrlich hohe Stand des Luftdrucks gerieth ins Schwanken, und die von uns vorausgesagte kühle Regenzeit mit erneutem Schneefalle im Gebirge trat pünktlich ein. Der am nächsten Mittwoch anhebende neue Monat wird höchstens um den Neumondstermin, den 13. Oktober, noch einmal freundlich herein schauen; dagegen dürfte im deutschen Flachlande das erste Mondviertel vom 21. den ersten Frost und die Hochfluth des Vollmondes vom 28. Oktober die ersten Schneeflocken bringen. — Während der am Donnerstag, dem 2. Oktober beginnenden Periode des letzten Mond-

Reisebilder von der Nordseeküste.

(Der Urwald bei Neuenburg. Barel. Dangast.)

Wilhelmshaven, 26. September.

Die letzte Wetterprognose der „Posener Zeitung“ mahnte uns daran, vor Eintritt der in Aussicht gestellten Regenperiode das schöne Wetter noch zu einem weiteren Ausfluge in das Jade-Gebiet zu benutzen. Bald nach 6 Uhr, als der schwere Morgennebel noch Alles mit seinen feuchten Schleien eingehüllte, verließen wir Wilhelmshaven unter den Klängen des Liedes, „Muß i denn, muß i denn zum Städtele hinaus“, welches die auf dem Perron aufgestellte Musikkapelle der „Trene“ den mit dem ersten Morgenzuge abreisenden Reservisten von S. M. Schiffen „Trene“ und „Pfeil“ nachsandte. Manches feuchte Taschentuch winkte den frischen blauen Zungen den Scheidegruß zu und ein altes Mütterchen, welches im Untergerande vor die Thür geeilt war, schwenkte, wohl in Ermangelung eines anderen Requirits, munter die allerdings nicht ganz weiße Nachtmütze dem vorüberfahrenden Zuge nach.

Von Ellenjerdtamm, einer kleinen, unmittelbar am Jade-Busen südlich von Wilhelmshaven belegenen Station traten wir, in der Morgenfrühl die Fußwanderung nach dem, etwa eine Stunde entfernt belegenen, unter dem Namen „der Urwald bei Neuenburg“ weiterhin bekannten Laubwalde an. Die großen Dörfer in dem fruchtbaren Marschgebiet, deren einige wir auf unserem Wege passirten, gewähren besonders dem Bewohner unserer heimatlichen Provinz ein interessantes und überaus freundliches Bild. Hier und da sieht man noch eins der älteren Häuser aus dem vorigen Jahrhundert mit hohem schilfbedecktem Dache, ganz oben am Giebel eine kleine Oeffnung zum Abzuge des Rauches. Wohnung, Stallungen und Scheune sind unter einem Dache vereinigt. Durch das große, stets sauber gestrichene und mit weißen Streifen verzierte Thor tritt man auf die Tenne, seitwärts derselben liegen die Stallräume, hinten die Wohnung, in der Regel aus drei Abtheilungen bestehend. Der hohe Dachraum birgt die Vorräthe, besonders Heu und die hier sehr stark angebauten Feldbohnen. Das ist das Bild des alten niedersächsischen Bauernhauses. — Zumeist präsentiren sich aber die Häuser dieser Dörfer in

modernerem Gewande, in Ziegelrohbau mit großen hellen Fenstern, an denen Blumenstöcke stehen und saubere Gardinen prangen. Zur Bedachung werden Dachsteine in jener pfannenartigen Form verwendet, wie man sie im Binnenlande nur noch an mittelalterlichen Bauten sieht. Jedes Gehöft aber, ob alt oder neu, hat seinen von sauber beschnittener Buchenhecke eingefassten gut gepflegten Blumen- und Gemüsegarten, die Düngerstätten liegen nach hinten, und so gewährt das Dorf einen überraschend freundlichen, sauberen Anblick, wozu auch die Pflasterung der Straßen mit auf der Kante stehenden Klinkern nicht wenig beiträgt. Diese Pflasterung fanden wir, wie wir hier gleich einschalten wollen, nicht allein in den Straßen von Wilhelmshaven, wo sie sich gut bewährt und in denjenigen der umliegenden Flecken und Dörfer, auch die Chauffeen sind mit dem gleichen Material befestigt, und zwar hauptsächlich, weil es hier das billigste ist.

Der sogenannte Urwald, den wir nach kurzer Wanderung erreichen, besteht im Wesentlichen nur aus Eichen und Hainbuchen. Die äußeren Schläge enthalten jüngere wohlgepflegte Bestände im Alter von 5 bis zu 90 Jahren, den Kern des Waldes aber bildet ein Bestand von 150 bis zu 600 Jahren, der eigentliche Urwald, und dieser Theil ist es, der naturgemäß das Interesse fesselt. Gewaltige Baumriesen stehen hier noch in voller Fülle und Kraft, während andere theils im Absterben begriffen, theils bereits dem Tode verfallen sind. Die mächtigen Kronen sind abgebrochen, der Kern vermodert, nur die äußere Rinde, mehrfach gespalten und der den Baum umschlingende armstarke Epheu mit seinen vielfachen Verzweigungen hält den langsam vermodernden Rest noch zusammen. Hier und da ist einer der mächtigen Stämme vom Blitz getroffen und ausgebrannt. In den hohlen Stamm hineintretend blickt man wie durch einen rauchgeschwärzten weiten Schornstein nach oben. Zwischen den alten Bäumen wuchert Unterholz und Gesträuch, besonders ist der Tagus mit seinen glänzenden dunkelgrünen Blättern stark vertreten. An einer freieren Stelle, auf der eine Anzahl der ältesten Bäume vereinzelt stehen, ist eine rindenbekleidete Jagdhütte errichtet. Hier saßen wir und träumten von jenen Zeiten, in denen diese stummen Zeugen einer fernliegenden sagenhaften Vergangenheit emporwuchsen. — Im Sommer herrscht oft reges Treiben an dieser jetzt einsamen

Stelle. Von nah und fern kommen dann die Besucher, oft in großen Schaaßen, Schulen und Vereine, und tummeln sich, wie einstmal's längst verschwundene Geschlechter, in harmloser Fröhlichkeit unter diesen Waldbäumen.

Nur ungern trennten wir uns von dieser Stelle und setzten unseren Weg quer durch den Wald nach dem am entgegengeetzten Ende desselben liegenden Dorfe Neuenburg fort. Die Mittagsstunde war herangekommen und so wandten wir uns denn einem, an dem freien Dorfplatze liegenden, recht einladend aussehenden Gasthause zu. Das bestellte Mittagmahl erwartend, musterten wir den großen wohlgepflegten Garten und dann die Umgebung des Hauses. Wie überall in dieser Gegend fanden wir auch hier inmitten des von schönen alten Bäumen umsäumten Dorfplatzes eine Friedenseiche, im Jahre 1871 gepflanzt und zu einem schönen starken Baume herangewachsen. Eine an dem umgebenden Gitter befestigte eiserne Tafel enthält einen Erinnerungsvers an jene große Zeit; eine andere besagt, daß Heinrich Koch aus Neuenburg bei Mars la Tour den Helden-tod für das Vaterland gestorben ist. — Es war ein schöner Gedanke, diese Erinnerungsbäume zu pflanzen, die das Gedächtniß großer Thaten in den kommenden Geschlechtern wohl noch wach erhalten werden, wenn manches Denkmal aus Stein und Erz längst dem Zahn der Zeit zur Beute geworden ist.

Während wir noch hier standen, passirte ein Herr auf flinkem Dreirad den Platz. Man jagte uns, daß es ein Zahnarzt sei, der auf dem eisernen Roß regelmäßig die Dörfer der Gegend besuche und dort Konsultationen halte. — Auf unserm heimatlichen Landwege würden sich einer derartigen ambulanten Berufs-thätigkeit wohl vielfach unübersteigliche Hindernisse in den Weg stellen!

An der wirthshäuslichen Mittagstafel waren wir nächst einer anscheinend dem reichen Bauernstande angehörenden Frau und einem jungen Manne die einzigen Gäste. Man servirte uns eine vortreffliche Suppe, Blumenkohl mit Oldenburger Schinken, sehr schönen Lammbraten, dazu ein in England beliebtes, uns bisher gänzlich unbekanntes Kompot: eingemachte Perlzwiebeln und schließlich Butter und Käse mit trefflichem Schwarzbrot. Auch der Bestinger, den wir dazu bestellten, war recht trinkbar. Der Rothwein, den sich unsere bauerliche Tischgefährtin bestellte, schien dieser allerdings nicht zu munden, sie ließ ihn

viertels aber wird voraussichtlich die jetzt zur Geltung gelangende kalte Witterung ununterbrochen fort dauern.

Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, 27. September.

Erschienen sind die Stadtverordneten: Bach, Brodny, Dr. von Dziembowski, Förster, Friebländer, Herzberg, Dr. Hirschberg, Jacobsohn, Jaedel, Dr. Jarnatowski, Jerszyniewicz, Kantorowicz, Kirschen, Dr. Landsberger, Leitgeber, Viskner, Manheimer, Nötel, Orgler, Victor und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch: Oberbürgermeister Mueller, Bürgermeister Kalkowski, Stadtbaurath Grüber, sowie die Stadträthe Herz, Kantorowicz und Dr. Lappe.

Den Vorsitz führt Justizrath Orgler.

Nach Beratung einer persönlichen Angelegenheit bringt der Vorsitzende ein Schreiben des Stadtv. Fable zur Verlesung, in welchem dieser sein heutiges Fernbleiben von der Sitzung entschuldigt und auf Vorgänge in der letzten Versammlung zurückkommt. Wie aus den Zeitungsberichten ersichtlich sei, heiße es in dem Schreiben, habe der Herr Oberbürgermeister in der letzten Sitzung gesagt: „Woher wüßten denn die Stadtverordneten Dr. von Dziembowski und Fable, daß die Errichtung der Baugewerkschule durch den Staat nur ein Vorwand sei, um lediglich die Fortbildungsschule hier errichten zu können bezw. das Ortsstatut für dieselbe durchzusetzen? Die ablehnende Haltung der Polen könne er wohl verstehen, nicht aber die Stellungnahme des Stadtv. Fable.“ Er habe in dem Zusammenhange dieser Ausführungen die Insinuation gegen seine Person erblickt, als sei er nur deshalb gegen die obligatorische Fortbildungsschule, weil er die Germanisierung durch dieselbe nicht wolle. Dieser Empfindung habe er sofort in einer Entgegnung Ausdruck gegeben, die indessen von den Zeitungen, welche den Angriff des Oberbürgermeisters gebracht hätten, nicht wiedergegeben worden sei. Aus diesem Grunde sehe er sich genöthigt, dies noch einmal ausdrücklich zu wiederholen.

Oberbürgermeister Mueller erklärt, daß er Herrn Fable in den betreffenden Sätzen weder dies noch sonst etwas insinuiert habe oder habe insinuierten wollen.

Stadtv. Jaedel begründet alsdann den von ihm und seinen Genossen gestellten Antrag, betreffend die Absendung einer Petition an den Reichskanzler wegen Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots. Seit dem Erlasse des Schweine-Einfuhrverbots seien die Fleischpreise bei uns von durchschnittlich 50 auf durchschnittlich 80 Pfennig pro Pfund gestiegen. Das seien unbedingt Theuerungspreise, umso mehr, als zu gleicher Zeit auch die anderen Lebensmittel sehr bedeutend in den Preisen gestiegen seien. Auf die Bevölkerung unserer Provinz habe das Einfuhrverbot in doppelter Beziehung schädigend gewirkt, nämlich in volkswirtschaftlicher und sozialer Beziehung. In volkswirtschaftlicher Beziehung deshalb, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse vieler Konsumenten dadurch geradezu derangiert würden. Eine gewisse Partei habe die Bevölkerung bisher glauben gemacht, daß das Einfuhrverbot und die hohen Viehpreise von großem Nutzen für die Landwirtschaft seien mit der Begründung, wenn der Landwirth etwas habe, habe der Städter auch etwas. Nach den von ihm gemachten Beobachtungen hätten die hohen Fleisch- und Viehpreise nur dem Großgrundbesitzer Nutzen gebracht: der Viehstand des kleinen Mannes habe sich aber ziemlich bedeutend verringert; denn indem die kleinen Leute, die günstige Konjunktur benutzend, beim Beginn der Theuerung das Vieh zu den hohen Preisen veräußerten, hätten sie gehofft, daß sie später wieder billiger würden einkaufen können. Das sei aber nicht der Fall gewesen, und so hätten sie ihren reduzierten Viehstand nicht wieder ergänzen können. Davon aber, daß die Lage des Großgrundbesitzers zum Schaden der Konsumenten aufgebeßert werde, hätten die Städte bei uns gar keinen Nutzen. Die Großgrundbesitzer in der Provinz Posen seien zum größten Theile regierende oder nicht regierende Fürsten, auswärts wohnende Herren oder polnische Magnaten, welche ihre Ueberhäufnisse im Auslande verzehrten. Dazu kämen noch unheilbare soziale Schäden des Einfuhrverbots. An sich sei die Volksernährung hier schon schlechter als anderwärts, der Branntwein-genuß aber größer. Wegen der theuern Fleischpreise sei der arme Mann nun genöthigt, den Fleischkonsum noch mehr einzuschränken, wobei natürlich durch gesteigertes Branntweintrinken der Verlust an kräftiger Nahrung müsse ausgeglichen werden. Wie er selbst Gelegenheit zu beobachten gehabt habe, verleihe die Theuerung die

armen Leute zum Stehlen und müsse dieselben unzweifelhaft der Sozialdemokratie in die Arme treiben. Man möge daher den Reichskanzler bitten, die Einfuhr von Schweinen wieder freizugeben! Er sei der Meinung, daß sich auch noch andere Städte diesem Vorgehen anschließen würden, und daß dann der Eindruck an maßgebender Stelle nicht fehlen könne, daß die jetzigen Verhältnisse unhaltbar seien. Wenn Jemand täglich nur ein Pfund Fleisch kaufe, so müsse er bei den jetzigen Preisen schon 30 Pf. pro Tag, also 100 Mark pro Jahr mehr ausgeben. Wie soll sich da der kleine Beamte, dessen Gehalt nur um sehr geringe Summen erhöht worden sei, durchhelfen, wie der Gewerbetreibende, dessen Einnahmen sich gar nicht vergrößert hätten?

Stadtverordneter Dr. v. Dziembowski führt unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung aus, daß nicht die Großgrundbesitzer, sondern die Komorniks, die Proletarier par excellence, die hauptsächlichsten Schweinezüchter seien, welche sich jetzt in Folge der hohen Viehpreise um etwa 20 Thaler besser stehen als früher. Man müsse nicht nur die städtischen, sondern auch die Interessen der ganzen Provinz im Auge haben. Andererseits seien nun aber die Fleischpreise auch so hoch gestiegen, daß der kleine Mann, der Arbeiter in den Städten kaum noch die erforderlichen Mittel erwischen könne, um Fleisch in genügendem Maße zu kaufen. Heute betrage der Durchschnittspreis am Berliner Viehhofe für Schweine 60 Mark pro Zentner Lebendgewicht, und das sei doch wohl zu hoch. Man könnte daher vorschlagen, daß das Einfuhrverbot so lange aufgehoben werde, bis die Preise für Schweine auf etwa 45 M. pro Zentner Lebendgewicht gesunken seien würden. Aber damit sei die Petition noch nicht erschöpft. Denn hier in Posen könne nur dann die Erlaubnis zur Schweine-Einfuhr etwas nutzen, wenn die russische Grenze geöffnet werde, da sich die ungarischen Schweine durch den weiten Transport zu theuer stellen. Nun antwortet zwar das Reichskanzleramt stets, die russische Grenze könne nicht geöffnet werden, weil dort Seuchen herrschten. Er habe aber Gelegenheit gehabt, sich in dieser Frage genauer zu informieren und müsse erklären, daß es in Rußland in dieser Beziehung lange nicht so schlimm aussehe, wie man es sich in Deutschland vorstelle. Die veterinärpolizeilichen Einrichtungen seien in den westlichen Gouvernements ziemlich gute. In den Bezirken Kalisch, Warchau, Lomza und Petrikau herrschten gegenwärtig keine Thierseuchen und man möge daher den Reichskanzler bitten, aus diesen Gouvernements die Einfuhr zu gestatten. Denn aus den Steppengebieten des Südens geitete die russische Regierung auch nur die Einfuhr behufs Tödtung nach den Schlachthäusern in Warschau und Lodz.

Oberbürgermeister Mueller bemerkt, wenn Posen ein Schlachthaus hätte, würde die Petition wohl Aussicht auf Erfolg haben; bei dem Mangel desselben ließe sich aber ein unmittelbarer Erfolg von dem Bittguth nicht erwarten. Die Vorschläge des Stadtverordneten Dr. v. Dziembowski möge man nicht in die Petition aufnehmen. Denn alle Versuche, das Einfuhrverbot von der Höhe der Fleischpreise abhängig zu machen, seien ganz nutzlos. Das Verbot erhalte seine Rechtfertigung aus Rücksichten wegen der Gefahr der Verseuchung des Viehstandes und es würde ein schlimmer Widerspruch sein, wenn man das Verbot in Verbindung mit den Preisen bringen wollte. Der Vorschlag, die Einfuhr nur auf gewisse Gouvernements zu beschränken, sei ganz unpraktisch. Denn wer sollte die Herkunft des Viehes kontrolliren?

Stadtverordneter Dr. Landsberger ist für die Petition, erklärt aber, er werde sich der Abstimmung enthalten, da er der Ansicht sei, die Stadtverordneten-Versammlung sei zur Behandlung dieser Frage nicht die kompetente Körperschaft.

Stadtverordneter Bach beantragt in Rücksicht der Wichtigkeit dieser Sache namentliche Abstimmung. Stadtverordneter Dr. v. Dziembowski will sich der Abstimmung enthalten, da er durch den Schluß der Debatte verhindert gewesen sei, seine Anträge zurückzuziehen. Hierauf wird der Antrag Jaedel und Genossen angenommen; es stimmen für Annahme desselben die Stadtverordneten: Bach, Dr. Jarnatowski, Förster, Friebländer, Viskner, Manheimer, Nötel, Orgler, Victor und Ziegler.

(Schluß folgt.)

Gingefandt.

* Mit der Bitte um Aufnahme geht uns heute das nachstehende Schreiben zu:

Holzgestell, auf dem sich ein Korb befindet, fahren sie dann täglich zur Ebbezeit hinaus, wobei der Schlitten mit dem einen Fuße vorwärts gestoßen wird, während der Körper des Fahren den Knieend auf dem Gestell ruht, entleeren den Inhalt der Kufen in den Korb und legen dieselben sofort wieder aus. Man sagte uns, daß die Dangaster-Fischer im Sommer durchschnittlich täglich 20 M. verdienen, den guten Verdienst aber leider zu einem erheblichen Theile in Branntwein anlegten.

Wie bereits gesagt, ist Dangast Badeort. Zwei Badeanstalten, für Männer und für Frauen, sind vorhanden, auch bietet das Kurhaus Gelegenheit zu warmen Bädern. Die meisten Badegäste wohnen in einem recht hübschen Logirhause, einzelne auch im Dorfe. Eine Strandhalle und recht hübsche Promenaden-Anlagen bieten Gelegenheit zur Beobachtung des Treibens am Strande und auf der weiten Wasserfläche und zu Spaziergängen. Die Zahl der Badegäste ist nicht groß, indeß fehlt es meist an genügender Unterkunft für die Nachfragenden. Unser Rutscher, den wir nach der Zahl der anwesenden Badegäste fragten entgegnete stolz: „Noch sechs S — tück“ und setzte, als uns diese Zahl nicht genügend zu imponiren schien, als letzten Trumpf hinzu: „Eine Dame kommt heut noch an.“

Spät Abends, in völliger Dunkelheit, verließen wir Dangast und zwar, da ein Fuhrwerk nicht zu erlangen war, zu Fuß, um nach der nächsten Bahn-Station, „Dangaster-Moor“ zu gelangen. Es war ein eigenthümlicher Marsch durch das in tiefes Schweigen gehüllte Dorf und dann die schweigende Landstraße entlang. Ein lautes Brüllen erschreckte uns momentan. Jenseits der die Landstraße einfüßenden Hecke zeichnete sich die Gestalt eines großen Thieres gegen den nächtlichen Himmel ab, und wir besannen uns rasch, daß es hier allgemein üblich ist, das Vieh, zum Theil auch die Pferde, Nachts auf der Weide zu lassen. Gegen elf Uhr trafen wir an dem einsamen Wärrerhäuschen ein und befanden uns eine halbe Stunde später wieder in Wilhelmshaven.

Heut hat sich der angekündigte Regen in ausgiebigster Weise eingestellt, ein scharfer Westwind schüttelt die Bäume vor unserem Fenster. Der Herbst ist da. E. Fontane.

Posen, den 27. September 1890.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

In Nr. 673 Ihrer geehrten Zeitung befindet sich ein Bericht über die Stadtverordneten-Sitzung vom 25. September cr., in welcher über die Errichtung einer staatlichen Baugewerks- und Fortbildungsschule berathen und beschlossen worden ist. In der diesbezüglichen Debatte soll nach dem Bericht in Ihrer Zeitung der Herr Stadtverordnete, Buchhändler Türk, sich dahin geäußert haben, daß er in der fakultativen Fortbildungsschule, die hier einmal bestanden, auch bemerkt habe, daß der gute Wille, die Schule zu besuchen, vorhanden gewesen wäre, aber die Ordnung gefehlt habe. Diese Aeußerung des Herrn Türk läßt den Glauben zu, als ob der unterzeichnete Rektor, welcher durch Magistrats-Versammlung vom 14. Oktober 1873 mit der Organisation und Leitung der damals zu errichtenden Fortbildungsschule betraut war, seine Schuldigkeit nicht gethan hätte. Deshalb erlaube ich mir, Sie, geehrter Herr Redakteur, erben zu bitten, nachstehende Auslassungen behufs Richtigstellung des Thatbestandes in die Spalten Ihres geehrten Blattes aufnehmen zu wollen:

Die städtische gewerbliche Abend-Fortbildungsschule, welche auf Antrag des Vorstandes des hiesigen Handwerkervereins von den städtischen Körperschaften mit größter Bereitwilligkeit zu errichten beschlossen und deren Organisation und Leitung unterm 14. Oktober 1873 dem Rektor Hecht übertragen worden war, hat überhaupt 15 Semester lang bestanden. Sie erreichte infolge der Magistrats-Versammlung vom 22. Februar 1881, J.-Nr. 1074/89 I. am 28. März desselben Jahres mit der öffentlichen Prüfung ihr Ende. In den 15 Semestern des Bestehens der fakultativen Fortbildungsschule haben 8 öffentliche Prüfungen ihrer Schüler stattgefunden. Zu diesen öffentlichen Prüfungen waren stets die Spitzen der königlichen und städtischen Behörden, sowie eine Anzahl Prinzipale und Meister erschienen. Von den genannten Behörden, namentlich aber von dem damaligen Ober-Präsidenten Herrn v. Günther und dem jetzigen Direktor im Unterrichts-Ministerium Herrn Geheimen Ober-Regierungsraths Rügler, sowie von dem verstorbenen Ober-Bürgermeister Kohls und dem Bürgermeister Herse sind mir wiederholt Worte der Anerkennung und des Dankes für die Ordnung und die Leistungen in der Fortbildungsschule zu Theil geworden. Ja, die königliche Regierung zu Posen, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, hat sogar durch die Verfügung vom 18. April 1879, J.-Nr. 2408/79 IIa. dem unterzeichneten Rektor eine Zuwendung von 200 Mark bewilligt mit dem ausdrücklichen Hervorheben, daß die Bewilligung mit Rücksicht auf seine Bemühungen um das Gedeihen der Fortbildungsschule erfolgt sei. Hätte, wie Herr Türk sich geäußert haben soll, in der Fortbildungsschule die Ordnung gefehlt, für welche der unterzeichnete Rektor verantwortlich war, so würde ihm diese klingende und schriftliche Anerkennung sicherlich nicht zu Theil geworden sein. Daß die damalige fakultative Fortbildungsschule nicht prosperiren konnte, hat weder in der Organisation derselben, noch an fehlender Ordnung in derselben gelegen, sondern die Gründe für die Auflösung der Schule waren der verhältnißmäßig geringe und der unregelmäßige Schulbesuch der meisten Lehrlinge. Hiernach hätte Herr Türk die Vergangenheit der ehemaligen Fortbildungsschule wahrheitsgetreu und offenmüthig geschildert, wenn er seine Erinnerungen in die umgekehrte Form gekleidet hätte: „Die Ordnung war wohl vorhanden, aber es fehlte der gute Wille sowohl bei einem großen Theile der Lehrlinge, als auch mit wenigen Ausnahmen bei sehr vielen Meistern. Vorstehende Zeilen sind von mir lediglich zur Wahrung meines guten Rufes als pflichtgetreuer Beamter niedergeschrieben worden. Mit vorzüglichster Hochachtung zeichne

ergebenst

der Rektor der Bürgerichule

Hecht,

als ehemaliger Leiter der fakultativen Abend-Fortbildungsschule.

Gleichzeitig übersendet uns Herr Rektor Hecht die Verfügung der königlichen Regierung über die ihm bewilligte Zuwendung der vorerwähnten 200 M. Dieselbe schließt mit den Worten: „Abschrift erhalten Ew. Wohlgeboren zur Kenntnissnahme mit dem Bemerken, daß die Bewilligung mit Rücksicht auf Ihre Bemühungen um das Gedeihen der hiesigen Fortbildungsschule erfolgt ist.“

stehen. Doch wollen wir demselben damit nichts Böses nachsagen. Auch einen guten Rothwein vermögen Frauen oft nicht nach Verdienst zu würdigen.

Sehr befriedigt von der trefflichen Verpflegung sowohl wie von dem bescheidenen Preise verließen wir das freundliche Dorf und wandten uns einem anderen, fast unmittelbar an den Urwald sich anschließenden schönen Walde, dem Barel-Busch zu, der sich ebenfalls in der Gegend weithin einer großen Beliebtheit erfreut und den auf gut unterhaltenen Wegen bei schönem Wetter zu durchwandern einen hohen Genuß gewährt. Er schließt die verschiedensten Baum- und Straucharten in sich und enthält eine von geschmackvoll angelegten und schön gepflegten Anlagen umgebene gute Restauration, den bevorzugten Erholungspunkt für die Bewohner von Barel.

Von dieser zweitgrößten Stadt des Großherzogthums Oldenburg, die wir vom Walde aus durch eine herrliche Linden-Allee in einer Viertelstunde erreichten, ist wenig zu sagen. Sie gewährt das Bild eines freundlichen, sauberen und stillen Landstädtchens, so recht zum Ruheplatz für Pensionäre und Rentiers geeignet.

In Barel nahmen wir einen Wagen, um nach Dangast, wohl das kleinste Seebad an der Nordseeküste zu besuchen. Das kleine Dorf liegt an einer Einbuchtung des Jade-Busens, gegenüber der Station Ellenferdamm. Die Bewohner des Dorfes sind Fischer, welche ganz besonders dem Fang der Garneelen (hier Granaten genannt) obliegen. Dieser schmackhafte kleine Krebs wird hier in unglaublichen Quantitäten gefangen und konsumirt. Bereits gekocht und zum Genuß fertig werden die Granaten zu einem äußerst billigen Preise in Wilhelmshaven in den Häusern und in den Straßen, besonders auch an dem Eingangsthore der Werft, feilgeboten. Interessant ist der Fang dieser Thierchen, die von hier aus in großen Mengen exportirt werden. Im Frühjahr, wenn der Garneelenfang beginnt, legen die Fischer zur Zeit der Ebbe, wenn das zurückweichende Wasser den durchweg aus einem fetten leichten Boden (Schlick) bestehenden Grund weithinaus freilegt, ihre Reusen in die tieferen Rinnen des Untergrundes derart, daß das bei beginnender Ebbe abfließende Wasser in die Oeffnung derselben eindringt. Mit einem schlittenartigen

F-g. „Deutsche Bühne in Berlin.“ Unser Berliner Feuilletonist schreibt uns vom 28. d. M.: Am heutigen Sonntag Mittag debütierte die nach dem Muster der „Freien Bühne“ von den Herren Bleibtreu, Alberti und anderen Mitgliedern des vielgepalteten literarischen Jungdeutschland gegründete „Deutsche Bühne“ mit ihrer ersten Aufführung (im neu umgebauten früheren Central-, jetzigen Thomas-Theater). Der Verein, der ca. 500 Mitglieder zählen soll, eröffnete seine Wirksamkeit mit einem Werke, das hoffentlich kein „Programm-Stück“ sein soll, mit dem „Napoleon“ Bleibtreu. Der Dichter ist ohne Zweifel genial; aber in diesem Werke zeigt er leider nur wenig von seiner dramatischen Bedeutung: es ist kein Drama, sondern nur eine Reihe dramatischer Szenen. Die ungeheure Schwierigkeit, den eine so große Zeitspanne umfassenden Stoff in ein organisches Ganzes zusammenzuschweißen, hat Bleibtreu garnicht zu überwinden vermocht; er hat sich damit begnügt, einzelne Szenen, fast zusammenhangslos, hintereinanderzustellen und durch sie den Charakter des unentwegt an seinen Glücksstern glaubenden, über Menschliches hinausstrebenden und dadurch zu Falle kommenden Korsen zu beleuchten. Er konnte das lediglich für den, der die Geschichte des napoleonischen Zeitalters genau kennt — jedem Anderen mußte das Werk absolut unverständlich bleiben. Wie sprunghaft der Dichter vorgeht mag die Anführung der Thatfache beweisen, daß wir am Schluß des 3. Aktes erfahren, wie General Bonaparte Mantua und damit Italien erobert hat und zu Beginn des IV. Aktes Zeuge davon werden, wie Napoleon, mit Josefina auf dem Kaiserthron sitzend, seine Trennung von ihr proklamirt, der V. Akt aber, ohne irgend welchen Uebergang, uns den entthronten Kaiser zeigt, der von seinen Gardes Abschied nimmt! — Die Darstellung liegt übrigens dem Dichter im Großen wie im Kleinen völlig im Rechte. Herr Kober (ebenfalls am Festtage, dann am Berliner Theater) war in Figur und Maske allerdings meisterlich; aber es fehlte ihm auch jede Spur von geistiger Größe — man begriff einfach nicht, wie der Mann Kaiser werden konnte! Hr. Burska spielte die Josefina; leidlich bis zu der Minute, wo die Aufgabe Bedeutung gewann — da verfiel die Dame (bei der Trennung von dem geliebten kaiserlichen Gatten) in eine unangenehme, äußerlich-theatralische Schreierei. Die Uebrigen thaten nach Kräften Alles, um das junge Unternehmen — zu discrediren. Man glaubte oft, in einer Dilettantenvorstellung zu sein, und so lachte denn ein großer Theil des Publikums, während ein anderer dem Autor einen außerordentlich lebhaften, aber richtiger: lärmenden Erfolg bereite und ihn nach jedem Akte drei bis vier Mal hervorholte. — Ich hoffe, die „Deutsche Bühne“ wird uns künftig volkwichtigere Proben dichterischen Könnens und darstellerischer Kunst geben. An Talenten, ernstem Willen und hingebender Arbeitsfreude fehlt es ihr ja keineswegs.

